

# RS Vfgh 1994/4/19 B712/94

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 19.04.1994

## Index

10 Verfassungsrecht

10/07 Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof

## Norm

VfGG §85 Abs2 / Schifffahrtsrecht

## Rechtssatz

Folge - Interessenabwägung

Verpflichtung zur Tragung der Kosten der schiffahrtspolizeilichen Verkehrsregelung bei den Schleusen der Staustufen Greifenstein, Melk, Ybbs-Persenbeug ua in Höhe von S 18.688.749,20 gemäß §37a SchifffahrtsG 1990 iVm §2 der Verordnung des BMöWV, BGBl 160/1993.

Da im Hinblick auf die Höhe der zu tragenden Kosten mit dem Vollzug des angefochtenen Bescheides für die beschwerdeführende Gesellschaft ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre (Zinsenbelastung für Kredit) und offensichtlich kein öffentliches Interesse an der sofortigen Bezahlung vorliegt, war dem Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung Folge zu geben.

## Schlagworte

VfGH / Wirkung aufschiebende

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1994:B712.1994

## Dokumentnummer

JFR\_10059581\_94B00712\_01

**Quelle:** Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>